

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Januar 2010

Jetzt geht's um unser Defizit Streiken! Aber richtig

Die Kommunen sind pleite. Die Staatsverschuldung ist auf einem Rekordniveau von 1,7 Billionen Euro. Das ist Ergebnis der kapitalistischen Krise und nicht zu hoher Löhne. „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“, dieses Motto der Krisenprotestbewegung muss auch für die Tarifrunden 2010 gelten.

Kein Geld da?

Während für die ErzieherInnen, KrankenpflegerInnen, MüllwerkerInnen und StraßenbahnfahrerInnen angeblich kein Geld da ist, werden die öffentlichen Kassen im Interesse der Reichen weiter geplündert und verschuldet: Steuersenkungen für Hotels und Unternehmer, die Banken verdienen sich dumm und dämlich an den staatlichen Rettungspaketen und niedrigen Leitzinsen. Die Deutsche Bank rechnet mit 10 Milliarden Euro Gewinn im Jahr 2011. Ihre Verluste im Finanzcrash 2008/9 wurden über Staatshilfen an die Hypo Real Estate Bank auf uns Steuerzahler abgewälzt. Die gescheiterte Übernahme von VW durch Porsche bekommt die Stadt Stuttgart mit 100 Millionen Euro Steuermindereinnahmen zu spüren. Porsche-Chef Wiedeking bekam für seinen Abgang 50 Millionen Euro Abfindung. Es ist an der Zeit, dass die Abzocke der Banker, Bosse und Aktionäre gestoppt wird. Es ist Zeit, dass wir den korrupten Politikern in den Rathäusern und in Berlin die Rote Karte zeigen. Dafür brauchen wir offensive Forderungen und einen offensiven Streik.

5% Gesamtvolumen sind zu wenig

Die Forderung nach 5% Gesamtvolumen enthält: Verlängerung der Altersteilzeitregelung, Übernahmere-

gelung für Auszubildende, Wiedereinführung der Bewährungsaufstiege... der Rest soll dann die Entgelthöhung sein. Das ist völlig unzureichend. In der Tarifrunde 2008 hatten wir eine Forderung von 8% und mindestens 200 Euro mehr im Monat bei 12 Monate Laufzeit. Wenn wir diese Forderung nicht annähernd durchgesetzt haben, kann das kein Argument dafür sein, die Forderung



auf „5% Gesamtvolumen“ herunterzuschrauben, sondern ist ein Argument für eine höhere Forderung. Die Entgeltforderung ist nicht einmal beziffert. So besteht die Gefahr, dass am Ende nichts rüber kommt, der Reallohnabbau weitergeht und die überfälligen Korrekturen am TvÖD ausbleiben.

Wir halten den Kampf für folgende Forderungen für nötig

- Anhebung der Tabellenwerte um 5% und mindestens 250 Euro
- Wiedereinführung der Bewährungsaufstiege und der Kinderzulagen
- Abschaffung der EG 1
- Keine Herabstufung bei Stellenwechsel
- Keine Ausweitung der Leistungsbezahlung, sondern Abschaffung und Umwandlung in feste Tarifbestandteile
- Verlängerung der Altersteilzeit und Rechtsanspruch ab 58 statt ab 60.
- Nicht befristete sondern unbefristete Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf
- Für eine tariflich garantierte Ausbildungsquote von 10%
- Statt steigender Arbeitslosigkeit: 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Keine Kompensation und 12 Monate Laufzeit

Holt das Geld bei den Reichen

Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer 1,7 Billionen von diesem reichsten Zehntel abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 67 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man eine saftige Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr und Umweltschutz finanzieren.

Auf unserer homepage gibt es noch mehr Finanzierungsvorschläge

Altersteilzeit für alle

Der Tarifvertrag Altersteilzeit im öffentlichen Dienst läuft nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen aus, sondern für den ganzen Geltungsbereich, z.B. auch für die Länder. Auch bei der Telekom und in vielen anderen Bereichen gibt es ab 2010 keine Altersteilzeit mehr und in vielen von ver.di organisierten Branchen hat es sie noch nie gegeben. Die Ausweitung des Kampfes um Altersteilzeit auf all diese Branchen und Bereiche könnte die Kampfkraft enorm erhöhen, eine Altersteilzeitregelung für alle erkämpfen und die Spaltung überwinden.

Volle Kampfkraft einsetzen

Wenn der öffentliche Nahverkehr

Nehmt Kontakt mit uns auf.

Lasst Euch in den Netzwerkverteiler aufnehmen.

Kommt zu unseren Treffen.

35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Das Netzwerk hat sich an dem Arbeitszeitappell für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich beteiligt. Insgesamt 2480 Kolleginnen und Kollegen haben diesen Aufruf unterschrieben. Trotz rapidem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit weigert sich der ver.di-Vorstand und die Bundestarifkommission die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung zu setzen. In Berlin fordert ver.di die Übernahme des TV-L und damit eine Arbeitszeitverlängerung. Wir lehnen dies ab und machen uns für die 35-Stunden-Woche für alle stark. Unsere Argumente dazu findet Ihr auf unserer website unter

<http://www.netzwerk-verdi.de/fileadmin/Material/NwThesenpapierVerteilungArbeit-20091222.pdf>

und die Flughäfen München und Frankfurt mit in einen Streik einbezogen werden, entsteht durch den ökonomischen Verlust und die Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft eine enorme Durchsetzungskraft.

In Berlin stehen die Landesbeschäftigten und die BVG in Tarifaueinandersetzung, in Bremerhaven die Hafenbeschäftigten. Alle laufenden Tarifkämpfe und betrieblichen Auseinandersetzungen müssen zusammengeführt und mit den Protesten gegen kommunale Kürzungshaushalte verbunden werden. Durch die Zusammenfassung dieser Kämpfe und die Ausweitung des Kampfes um Altersteilzeit könnten weit mehr als 5 Millionen Beschäftigte gemeinsam streiken.

Gewerkschaften in die Offensive

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst muss der Auftakt sein für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Regierung und Kapital. Die Mövenpick-Partei FDP, Kanzlerin Merkel als Vorzimmerdame von Josef Ackermann, Finanzminister Schäuble, der „größte Lügenbold, der je ein politisches Amt bekleidet hat“ (Zitat Waffenlobbyist Schreiber) müssen zu spüren bekommen, dass wir nicht länger bereit sind, sie und ihre Politik für die Reichen und Konzernbosses zu akzeptieren.

Ein offensiver Streik durch ver.di wäre eine Ermutigung für die Kolleginnen und Kollegen in anderen Branchen. Es wäre ein Ermutigung

für alle Kolleginnen und Kollegen, die von Arbeitsplatzabbau, Betriebs-schließungen und Erpressungen bedroht sind, den Kampf aufzunehmen. Und nicht zuletzt könnte eine offensive Tarifrunde der Auftakt für eine gewerkschaftliche Offensive gegen die von der Bundesregierung geplante Agenda 2020 (Kopfpauschale, Verschlechterungen bei Hartz IV) sein. Lasst uns dafür gemeinsam Druck aufbauen.

TvöD = Niedriglohn

Die Einführung des TvöD und die Verzichtspolitik von Bsirske und Co. haben dazu geführt, dass unsere Reallöhne gesunken sind, wir unbezahlt eine halbe Stunde länger arbeiten und der Stress immer mehr zunimmt. Das Ergebnis: bei Bund, Ländern und Gemeinden ist die Zahl der Beschäftigten von 1993 bis 2010 von 5,3 auf 3,8 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wurde auf 2,5 Millionen halbiert. Die Europäische Zentralbank hat ermittelt, dass die Gehaltssumme im öffentlichen Dienst in Deutschland zwischen 1999 und 2008 nur um 0,7% gestiegen ist, während sie in der Eurozone im Durchschnitt um 27,5% zugenommen hat. Soweit hätten ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes es nicht kommen lassen dürfen. Die Zahlen zeigen, dass ein radikaler Kurswechsel erfolgen muss.

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Braunschweiger Str. 70, 12055 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de